

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 21.06.2011
Sitzung Nummer:	12 (JHA/12/2011)
Sitzungsdauer:	18:31 - 20:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Havelberg"

Dr. Michael Kühn
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Michael Kühn

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerald Eisenhut

Herr Horst Janas

Frau Birgit Muschal

Frau Birgit Neubert

Frau Ursula Rensmann

Herr Bernd Zürcher

Frau Anja Seiler

in Vertretung für Herrn Kittner

in Vertretung für Frau Panse

in Vertretung für Herrn Schreiber

beratende Mitglieder

Frau Birgit Hartmann

Frau Kathrin Müller

Herr Enrico Schmitt

Frau Carola Schulz

Herr Carsten Wulfänger

Gäste

Frau Liane Bischoff

Frau Schrader

Stadt Stendal

AWO

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralf Bergmann

Herr Marcus Graubner

Herr Waldemar Schreiber

Herr Ewald Kittner

Frau Petra Panse

beratende Mitglieder

Frau Heidemarie Henning

Herr Bernd Jonschkowski

Herr Carsten Kloth

Frau Stephanie Mertens

Frau Rabea Reinhold

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung vom 12.04.2011
 - 4 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal
Vorlage: 230/2011
 - 5 Sozialpädagogische Familienhilfe- Diakonieverein Bismark e.V. - Jahresbericht 2010
Vorlage: 235/2011
 - 6 Sozialpädagogische Familienhilfe - DRK Kreisverband Östliche Altmark e.V. -Jahresbericht 2010
Vorlage: 236/2011
 - 7 Sozialpädagogische Familienhilfe-PSW GmbH - Sozialwerk Kinder-und Jugendhilfe - Jahresbericht 2010
Vorlage: 237/2011
 - 8 Erziehungsberatungsstelle - PSW-GmbH - Sozialwerk Kinder-und Jugendhilfe -Jahresbericht 2010
Vorlage: 238/2011
 - 9 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kühn eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Herr Dr. Kühn stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung vom 12.04.2011

Herr Dr. Kühn stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.04.2011 fest. Einwände gibt es keine.

**zu TOP 4 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal
Vorlage: 230/2011**

Herr Dr. Kühn übergibt das Wort an Frau Bischoff von der Stadt Stendal.

Frau Bischoff stellt den Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten vor. Das Netzwerk gibt es nun schon elf Jahre. Seit drei Jahren kommt die Förderung für diese Stelle vom Land. Das Land hat sich positioniert und gesagt, dass überall solche Netzwerkstellen eingerichtet werden, so dass alle, die mit Integration zu tun haben,

unter einem Dach verbunden werden. Im Landkreis Stendal haben wir landkreisweit versucht, alles zu analysieren, was zu diesen vier Schwerpunkten in Frage kommt. Wir haben mit Wohlfahrtsverbänden, mit Parteimitgliedern, mit Menschen, die sich überhaupt mit Integration interessieren, mit Bildungsträgern, mit den unterschiedlichsten Kooperationspartnern diesen Rahmenplan erarbeitet.

Wir sind der Meinung, dass in der Jugendhilfe auch die Integration eine große Rolle spielt, weil eine Unterstützung der Familien wichtig ist. Es gibt sicherlich Problemlagen, z. B. Vaterschaftsankennung, Unterstützung für junge Frauen usw. Wir könnten sicherlich noch mehr arbeiten mit den Beratungsstellen von Frau Schrader (AWO) und Frau Schimmelpfennig vom DRK und der Asylbewerberberatungsstelle von Frau Krause.

Uns fiel noch auf, dass ableitend von den Handlungsempfehlungen für die Schulen und Kitas und öffentlichen Dienst vielleicht eine Fortbildung zur interkulturellen Kompetenz vonnöten wäre oder dass man überhaupt mal über interkulturelle Öffnung spricht, dass man Menschen findet, die als Vermittler zwischen Familien und der Jugendhilfe, wo oft Sprachschwierigkeiten herrschen, auftreten. Dieser Rahmenplan ist als Querschnittsaufgabe gedacht durch die gesamte Gesellschaft, die öffentlichen Einrichtungen und jeder sollte sich überlegen, wie man dazu beitragen kann, dass die Integration von einer breiten Gesellschaft getragen wird. Unser Anliegen ist es, die Integration der Migranten mit in den Fokus zu nehmen, sie mit in die Gesellschaft aufzunehmen und eine bestimmte Willkommenskultur zu haben und sie auch zu verstehen.

Die Jugendeinrichtungen und ländlichen Streetworker sollten vom Amt her dazu gebracht werden, viel mehr für Toleranz zu tun. Es gibt die Seite „Hingucken – Einmischen“, wo wir einen Arbeitskreis gebildet haben, in dem wir anregen, sich vielmehr über Toleranz Gedanken zu machen. Im November führen wir eine Tagung durch, da geht es dann darum: Was machen wir mit den Empfehlungen? Nicht nur wir vom Netzwerk, sondern wir alle? Wir werden auch Fortbildungen und Info-Veranstaltungen zu rechtsradikalen Entwicklungen anbieten. Jugendliche nehmen sich ihre Meinung hauptsächlich aus Funk und Fernsehen und Presse, und das waren bisher nicht so positive Meinungen über Ausländer.

Frau Schrader erläutert ihre Arbeit aus der Beratung mit den jugendlichen Migranten. Es gibt eine ganze Reihe junge Muttis, die sich um Hilfe beim Jugendamt bemühen; in erster Linie geht es um Zuschüsse für Kindergarten- oder Hortbetreuung. Es gibt ganz oft, weil die Paare nicht verheiratet sind, ganz oft Sachen, die mit Vaterschaftsankennung zu tun haben oder Unterhalt usw. Im Gegensatz zu einheimischen Familien ist mir aber aus meiner eigenen Beratungstätigkeit keine einzige Familie bekannt, die z. B. Erziehungsberatung in Anspruch genommen hätte. Oder bei der SPFH wüsste ich keine einzige Familie, die nur ansatzweise nachgefragt hat oder den Wunsch geäußert hat, Hilfe zu bekommen. Ich glaube, da gibt es noch Reserven, dass man uns als Vermittler dann benutzt, auch wenn Sprachschwierigkeiten sind. In diesem Bereich müssten wir Möglichkeiten nutzen, Migranten auch in diese Angebote der Jugendhilfe mit einzubeziehen, wenn es nötig ist.

Herr Dr. Kühn fragt nach, ob die Sozialpädagogen überhaupt in der Lage wären, diese unterschiedlichen Kulturen zu verstehen und auch dort Hilfe anzubieten?

Frau Schrader kann das jetzt nicht einschätzen, ob die Sozialpädagogen das könnten. Deshalb würde sie es begrüßen, interkulturelle Fortbildungen und Trainings auch für diese Sozialpädagogen durchzuführen bzw. auch uns als Beratungsstellen mit ins Boot zu holen und zu benutzen.

Frau Müller würde das Gesagte nicht so im Raum stehen lassen. Es hat sich aus meiner Sicht so angehört, dass für Migrantenfamilien/Kinder/Jugendliche keine Jugendhilfe ankommt – das stimmt nicht. Wir haben einige Migrantenfamilien in Erziehungshilfen. Vom Verfahren her läuft das wie bei jedem anderen auch. Wenn Bedarf signalisiert wird, evtl. auch durch Dritte, fällt es bei Migrantenfamilien manchmal schwerer, diesen Schritt zu gehen, was u. U. kulturell bedingt sein kann. Im Einzelfall gibt es sicher manchmal Spielräume, aber generell ist es nicht so, dass wir keine Jugendhilfe in Migrantenfamilien haben.

Frau Hartmann: Wir wollten mit unserem Plan ja auch anbieten, dass wir die Sozialpädagogen auch informieren. Wir wollten unsere Informationsveranstaltung für die Leute nutzen, die mit den Migrantenfamilien arbeiten, um einiges besser zu verstehen.

Herr Dr. Kühn fragt nach, ob es an uns Stendalern liegt, dass wir keine Willkommenskultur haben? Man sollte sich insgesamt fragen, ob man eine Willkommenskultur hat gegenüber Fremden, auch deutschen Fremden.

Herr Janas fragt, wie würde der Ausschuss mit den Handlungsempfehlungen umgehen bzw. was ist möglich? Wichtig ist, dass wir uns diese Handlungsempfehlungen immer mal wieder vornehmen – wir gucken mal wieder, wie weit es realisiert wurde. Für mich gibt es noch das Programm „Schulen ohne Rassismus“, es könnte auch heißen „Kita ohne Rassismus“. Ich habe nicht gefunden, wie viele sich im Landkreis daran beteiligen.

Frau Bischoff erklärt, dass eine Kita in Tangerhütte und eine in Stendal daran teilgenommen haben.

Herr Janas: Hier könnte auch das Amt sagen, dass sich die Einrichtungen an diesem Projekt beteiligen sollen. Es gibt ein Problem hinsichtlich der Akzeptanz bestimmter Migranten in Kindertagesstätten – und Kinder sind manchmal grausam, können aber auch sehr lieb sein.

Wie ist das mit dem sogenannten Bildungspaket – haben da Migrantenkinder Anspruch drauf? Und wenn ja - wie wird das genutzt?

Frau Schrader antwortet, wenn die Migranten Leistungen aus Hartz IV, Wohngeld, Kindergeld beziehen, haben sie genauso Anspruch darauf.

Mit Prozenten kann ich nicht dienen, aber wir haben in der Beratung mehrere Anträge ausgefüllt.

Momentan liegt der Schwerpunkt bei der Finanzierung von Essengeld und auch die Mitarbeit in Musikschulen und Vereinen, aber der Teil mit schulischer Förderung/Nachhilfe ist, weil das Schuljahr jetzt zu Ende ist, weniger nachgefragt. Das wird sich wohl in den Herbst oder Winter hinein mehr konzentrieren.

Herr Eisenhut weiß von der Schule, dass es auch Stunden gibt, wo die Schüler die Sprache lernen. Wir haben dieses Jahr einen Abiturienten mit Migrationshintergrund Russland dabei.

Frau Schulz fühlt sich auf den Sport bezogen in der Pflicht. Sport ist etwas, womit man die Kinder ganz problemlos eingefangen bekommt. Aber sofern es möglich ist, wäre es schön, Eltern zu gewinnen als Trainer oder Übungsleiter. Oder Trainer zu sensibilisieren, zu verstehen, warum die Kinder gerade was anderes machen als er sagt. Wenn man z. B. den Übungsleitern/Trainern Eltern zur Seite stellt, die evtl. nur übersetzen; sie heranzuführen an den Sport, zu begleiten, dann aber Spaß daran finden und dann vielleicht eine Trainer- oder Übungsleiterausbildung machen, um dann dabei zu bleiben. Dann ist es für die Nachfolgenden viel einfacher, noch mehr Zugang zu den Vereinen zu finden. Das gilt nicht nur für den Sport, sondern für andere Kultur- oder Musikvereine sicherlich auch.

Herr Janas: Es gibt ein Netzwerk extra für die Integration des Sports. Das wäre der Ansprechpartner dafür. Wir fragen den KSB in einem Jahr, inwieweit er mit diesem Netzwerk zusammengearbeitet hat.

Frau Schulz: Es sind ja schon einige Sportvereine mit dabei, z. B. die Handballer.

Herr Dr. Kühn: Es gibt ja auch Geld dafür, wenn man Migranten in einen Sportverein integriert. Herr Wille hatte das vorgestellt und damals mitgeteilt, dass diese Anträge sehr kompliziert sind, deshalb stellt sie keiner.

Frau Schulz: Wenn man Projekte extra dafür macht, dann ist es möglich. Der Mitgliedsbeitrag würde ja möglich sein über dieses Bildungspaket, sofern sie Anspruch darauf haben. Aber eine normale Mitgliedschaft zu fördern? Das wäre mir neu.

Herr Dr. Kühn fragt bei Frau Bischoff nach: Wenn Sie darüber berichten, dass Migranten Abitur machen und andere Prüfungen bestehen, wird denn das Thema Migration, Flüchtling oder Einwanderer oder Ausländer denn in den Schulen thematisiert?

Frau Bischoff beantwortet die Frage. Was im Unterricht stattfindet, kann sie nicht einschätzen, aber wir haben schon in einigen Schulen Vorträge gehalten darüber. Es liegt immer am Lehrer. Es gibt auch die Stendaler Migranteninitiative, die sich bereiterklärt hat, an Schulen landkreisweit über ihr Leben bzw. ihre Arbeit zu berichten. Ich habe auch einen Riesenkatalog entwickelt, habe auch Materialien, Fortbildungsangebote für Schulen usw. Wie das jetzt schulmäßig umgesetzt wird, kann ich nicht sagen. Ich habe eine riesige Kiste mit Materialien, die könnten sich alle Lehrer ausborgen. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kühn antwortet Frau Bischoff, dass diese Kiste nicht genutzt wird.

Herr Schmitt spricht die Situation in der Juri-Gagarin-Schule an. Da gab es als Motto zum Kindertag das Thema „Migration“, das funktioniert dort sehr gut.

Frau Bischoff bekräftigt diese Aussage, die Juri-Gagarin-Schule macht alles, das ist super dort.

Frau Rensmann fragt, ob es nicht auch damit zu tun hat, dass sich die Migranten auch konzentriert in diesem Bereich angesiedelt haben. Dann ist das Interesse der Schulen in anderen Stadtteilen begründeterweise nicht so groß, weil der Anteil der Migranten bei ihren Schülern minimal ist. Wenn eine Schule in einem Ort keine Migrantenkinder hat, dann ist das Interesse, dieses Netzwerk in Anspruch zu nehmen, auch nicht da.

Frau Bischoff: Aber die Frage ist, wenn man eine Werteeziehung macht für Kinder, dann ist das schon wichtig, egal ob Migranten an der Schule sind oder nicht. In der Bildung elementar für Kindergärten steht das eindeutig als Passus drin.

Frau Rensmann: Der Kreis ist zwar Träger der Schulen, hat aber keinen Einfluss auf die Lehrinhalte, dann wäre das Land, das Kultusministerium, gefragt. Wir haben hier nicht die Kompetenz, den Schulleitern vorzuschreiben, ihr müsst das Thema durchnehmen.

Frau Seiler ist Leiterin einer Kita in Stendal und kennt diese Sache nicht. Wir haben zwar wenig Migranten, aber wenn Sie an mich herangetreten wären, fände ich das sehr gut.

Nach Meinung von Frau Müller gehört zu diesem Thema auch „Klappern mit zum Handwerk“, und da muss man auch Ausdauer haben und man muss am Ball bleiben.

Herr Dr. Kühn bedankt sich für die Ausführungen und lässt über die BSV abstimmen. Die BSV Nr. 230 wird einstimmig beschlossen.

zu TOP 5 Sozialpädagogische Familienhilfe- Diakonieverein Bismark e.V. - Jahresbericht 2010 Vorlage: 235/2011

Herr Dr. Kühn: Die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 8 sind inhaltlich unterschiedlich, aber thematisch gleich, deshalb werden wir sie zusammenfassen.

Frau Müller fasst die DS-Nr. 235/2011, 236/2011 und 237/2011 zusammen. Die Nr. 238 wird separat behandelt, da es sich doch um eine andere Hilfeform handelt.

Der Landkreis hat im Rahmen der möglichen Erziehungshilfeformen diese auch vorzuhalten und die SPFH wird uns durch das SGB VIII als mögliche Hilfeform vorgegeben. Seit Jahren verfolgt der Landkreis die konsequente Linie, diese Leistungen nicht selbst zu erbringen, sondern bedient sich dazu freier Träger. Seit Jahren haben wir die SPFH in freie Trägerschaft gegeben und den Ausdruck dessen finden sie in den drei Mitteilungsvorlagen. Wir haben im Landkreis drei Träger, die für uns diese Leistungen einzelfallbezogen erbringen. Die Leistungserbringung haben wir mit den Trägern natürlich vertraglich geregelt. In den Verträgen mit den Trägern ist z. B. auch geregelt, dass sie jährlich einen zusammenfassenden Sachbericht über die gesamte Leistungserbringung des vorangegangenen Jahres erstellen. Diese zusammenfassende Darstellung wird nicht nur bei uns abgehftet, sondern sie wird dem JHA zur Kenntnis gegeben; so können Sie nachfragen und es bleibt auch das Gefühl erhalten, was wir mit wem in unserem Leistungsspektrum tun.

Die SPFH ist eine Form der Hilfe zur Erziehung. Als Bürger hat man keinen freien Zugang darauf; es setzt immer eine Antragstellung auf Hilfe zur Erziehung voraus und von uns die Feststellung, dass die SPFH die Hilfeform ist, die dem Hilfebedarf der Familie oder der Kinder am ehesten entspricht und deshalb auch die geeignete ist und deshalb erhält dann Träger X oder Y von uns den Auftrag, für die entsprechende Familie SPFH mit einem Stundenvolumen von soundsoviel Stunden in der Woche oder im Monat abzuleisten und das wird dann entsprechend über die Hilfeplanung begleitet. SPFH ist eine Hilfeform, bei der man generell davon ausgeht, dass sie eine Hilfe auf Zeit ist und dazu dient, der Familie, die sich in Schwierigkeiten befindet, wieder das entspre-

chende Rüstzeug an die Hand zu geben und soviel Sicherheit bei der Gestaltung des normalen Familienlebens und der Erziehung usw., dass sie nach der Hilfezeit wieder in der Lage sein sollten, ihre Dinge selber zu regeln und insbesondere auch die Betreuung und Versorgung und Erziehung der Kinder möglichst wieder selbst zu erledigen. Und nur bei den Familien, bei denen wir zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Hilfe mit halbwegs an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch sagen, dass das Hilfeziel auch erreicht werden kann, dort wird diese Form der Familienhilfe installiert. Wir haben natürlich auch andere Formen von Hilfen in der Familie, die ähnlich sind, die aber nicht von vornherein nach einem festgelegten Zeitraum zwangsläufig enden. Bei der SPFH ist es z. B. so, dass man generell davon ausgeht, auch zum Zeitpunkt der Hilfebewilligung und das handhaben wir in der Regel auch so, dass eine SPFH in einer Familie maximal zwei Jahre ist. Die Stundenintensität wird im Rahmen der Hilfeplanung auch gesteuert, die ist nicht über den gesamten Leistungszeitraum konstant; sie wird oft zu Anfang höher sein und dann schrittweise verringert werden. Es gibt aber auch Familien, wo es genau umgekehrt ist. Oder Familien, wo sich die Verhältnisse ändern (neues Kind geboren, Ehe geht auseinander, Partnerwechsel), da kann es dazu führen, dass eine Hilfe früher abgebrochen wird oder in eine andere, besser geeignete für die konkrete Problemsituation übergeführt wird.

Aus meiner Sicht liegt primär der Schwerpunkt in Familien mit mehreren Kindern, wobei es auch SPFH-Einsätze in Familien mit nur einem Kind gibt. Meist sind mehrere Kinder, oft auch kleinere Kinder, betroffen. Wenn man sich den Bildungshintergrund der Eltern ansieht, gibt es da auch gewisse Zusammenhänge, die die Wahrscheinlichkeit, dass Hilfebedarf in dieser Richtung entsteht, durchaus befördert.

Die SPFH ist eine sehr wichtige und sehr sinnvolle Hilfeform, auf die wir ungern bzw. gar nicht verzichten könnten. Daneben haben wir mit den Trägern schon weitere Hilfeformen geschaffen, die ähnlich sind, aber nicht primär auf das Hilfeziel „Hilfe zur Selbsthilfe“ ausgerichtet sind. Das nutzen wir seit einigen Jahren auch sehr intensiv, so dass die sogenannte klassische SPFH einen Teil der Hilfen darstellt, die in dieser Form direkt in der Familie ablaufen.

Frau Rensmann ist beim Lesen aufgefallen, dass sehr stark alleinerziehende Mütter betroffen sind. Gibt es da Tendenzen, dass man da Hilfen konzentriert, dass diese Frauen in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen?

Frau Müller: Die jungen Mütter sind oft Hartz IV-Empfänger ohne Schulabschluss, ohne Beruf, mit mehreren Kindern. Es ist schwierig. Da schauen die Kollegen von der SPFH auch im Betreuungsprozess drauf. Aber im Rahmen der Hilfe und mit dem Hintergrund, zu erreichen, dass die jungen Mütter auf Dauer ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, gelingt das eher selten. Man versucht zwar motivierend zu wirken, dass z. B., wenn möglich, noch eine Ausbildung erfolgt, aber oft geben die Rahmenbedingungen eine Umschulung nicht wirklich her.

Auf der anderen Seite ist es schon ein Erfolg, wenn es uns gelingt, eine gewisse Stabilität in diese Familienkonstellationen reinzubekommen, die es möglichst verhindert, dass wir über Jahre weitere Hilfen reingeben müssen.

Herr Janas meint, der Paritätische hat als einziger einen Überblick gebracht über die Veränderungen von 2009 bis 2010, da war eine Steigerung von fast 20 % bei den Familien. Wenn die Tendenz steigen würde – wie würde der Landkreis dagegenstemmen? Reichen dann die 8,75 Stellen insgesamt aus? Ist die Tendenz der Familienhilfe steigend und wenn ja, was hat das für finanzielle Auswirkungen?

Frau Müller kann das nicht mit einem ganz klaren Ja oder Nein beantworten. Es ist eine Pflichtaufgabe. Ich sagte schon, dass wir uns vor Jahren dafür entschieden haben, zusätzlich zu der klassischen SPFH-Form noch die AOF oder FOH nehmen, die haben eine etwas niedrigschwelligere Ausrichtung, machen ähnliche Sachen. Da haben wir ganz andere Kapazitäten. Die 8,75 Stellen sind so beschränkt, weil wir die Verträge so haben, dass die ganz konkret auf diese Personalstellen beschränkt sind. In den anderen Formen haben wir eine andere Form der Finanzierung. Da finanzieren wir unmittelbar über Fachleistungsstunden, da gibt es keine Personalbeschränkung. Wir haben schon öfter überlegt, die Verträge zu ändern und generell eine Freigabe nach oben zu machen und nur noch über Fachleistungsstunden zu finanzieren. Aber wir belassen es erst mal so. Grundsätzlich ist der Eindruck richtig, dass der Bedarf an Kapazitäten von Hilfen unmittelbar in den Familien gestiegen ist, sonst hätten wir die AOF nicht. Im ambulanten Bereich sind unsere Ausgaben stark nach oben gegangen und da verstecken sich diese Hilfeformen der Alltagsorientierten Familienbegleitung.

Herr Janas fragt hier nach Migrationsfamilien.

Frau Müller meint, die SPFH ist nicht das klassische Beispiel, was passt. In manchen Kulturkreisen würde eine SPFH eher nicht funktionieren.

Frau Bischoff fragt an, es gab jetzt mehrere Migranten, die sich als Familienhelfer haben ausbilden lassen, hätten die eine Chance?

Frau Müller erklärt, dass man von der Ausbildung her generell Sozialpädagoge, ggf. Erzieher sein muss. Im Einzelfall kann das durchaus mal sein, aber generell sind das vermutlich keine Ausbildungen, die den Anspruch an eine Fachkraft erfüllen.

Die Mitteilungsvorlagen werden zur Kenntnis genommen.

zu TOP 6 Sozialpädagogische Familienhilfe - DRK Kreisverband Östliche Altmark e.V. -Jahresbericht 2010
Vorlage: 236/2011

siehe TOP 5

zu TOP 7 Sozialpädagogische Familienhilfe-PSW GmbH - Sozialwerk Kinder-und Jugendhilfe - Jahresbericht 2010
Vorlage: 237/2011

siehe TOP 5

zu TOP 8 Erziehungsberatungsstelle - PSW-GmbH - Sozialwerk Kinder-und Jugendhilfe - Jahresbericht 2010
Vorlage: 238/2011

Frau Müller stellt klar, dass es sich hier um eine andere Hilfeform handelt, die zählt auch zu den Pflichtaufgaben des Landkreises. Auch hier haben wir einen Vertrag mit dem DPWV. Die Erziehungsberatungsstelle hat von uns im Rahmen des § 28 SGB VIII den Auftrag, die Versorgung für den Landkreis wahrzunehmen. Die Erziehungsberatungsstelle ist die einzige Hilfeform nach SGB VIII, wo man einen freien Zugang hat. Jeder kann hingehen. Der Träger hält vier Beratungsfachkräfte vor. Wir finanzieren diese Kräfte z. Z. voll. Momentan leistet das Land pro Fachkraft noch 10.000 Euro Zuschuss pro Jahr. Aber der Landkreisanteil ist 200.000 Euro – da sieht man die Relationen.

Frau Rensmann fragt, wie wir im Vergleich zu anderen Kreisen stehen. Gibt es Vergleichszahlen?

Frau Müller müsste das erst erfragen. Als vergleichbarer Landkreis fällt mir nur der Altmarkkreis ein und der Landkreis Wittenberg. Die anderen Kreise haben sich nach der Gebietsreform noch nicht richtig gefunden. Mit viel weniger Personal kann man m. E. nach eine Erziehungsberatungsstelle hier im Landkreis nicht sinnvoll betreiben, wenn man eine entsprechende Abdeckung und Qualität will. Wenn man weniger Personal will, muss man das tun, aber man muss sich dann im Klaren sein, dass man nicht das „Rundum-Sorglos-Paket“ hat.

Herr Janas hat da seine Bedenken und ist nicht unbedingt für diesen Vergleich. Dann steht dort oft „im Durchschnitt“, und wir sind unter dem Durchschnitt – bitte orientiert euch an dem. Andersherum wird es meistens nicht gemacht, dass man sich an den Besseren orientiert; meistens orientiert man sich an den Preiswerteren. So wie es jetzt läuft, bin ich damit sehr zufrieden und das ist der Maßstab der Dinge und ich möchte, dass es so bleibt, das ist so in Ordnung.

Frau Müller hat es auch ganz bewusst so gesagt. Man muss wissen, dass das Thema „Beratungsstellenförderung“ immer mal wieder aufgemacht wird und das kann bedeuten, dass die 40.000 Euro Landesförderung rausfallen. Dann steht die Frage: Der Landkreis? Und wenn der Landkreis sagt, ich mache es, weil es Pflichtaufgabe ist und ich diese auch in diesem Umfang erledigt haben will, dann ist es in Ordnung. Sagt der Landkreis, dass er es nicht macht, ist das auch ein Weg, aber dann hat das Konsequenzen und darüber muss man sich im Klaren sein. Ich bin auch der Meinung, so wie der Stand im Moment ist, ist es eine gute Lösung.

zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

Herr Zürcher teilt mit, dass das Paritätische Beratungszentrum am 31.08.2011 ab 10.00 Uhr in der Osterburger Straße mit der Erziehungsberatungsstelle, ProFamilia und der Schuldnerberatungsstelle, die alle 20 Jahre alt werden, einen Tag der offenen Tür veranstaltet. Dazu möchte ich alle einladen.

Herr Eisenhut teilt mit, dass es heute seine letzte Sitzung war und er aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niederlegt.

Frau Müller informiert kurz zur ausgegebenen Liste der aktuellen Förderungen im Kita-Bereich, um die Herr Bergmann im letzten JHA gebeten hatte.

Feststellen muss man, wieviel Kommunen Konjunkturmittel aus dem Konjunkturpaket II auch unmittelbar an ihre Kindertagesstätten gegeben haben.

Herr Eisenhut findet interessant, dass doch noch sehr viele Städte als Träger fungieren.

Frau Müller antwortet, dass von ca. 103 Einrichtungen nur ca. 16 in freier Trägerschaft sind; alle anderen sind kommunale Einrichtungen. Durch die Gebietsreform haben wir nicht mehr 100 kommunale Träger, sondern nur noch eine Handvoll. Das macht es für uns auch einfacher. Aber man muss sehen, wie der Prozess in der Zukunft weitergeht, ob sich noch Gemeinden für Freie Träger entscheiden.

Herr Wulfänger bekräftigt die Aussage, dass es der Gebietsreform geschuldet ist.

Frau Seiler fragt nach, warum ihr Träger nicht in der Liste enthalten ist, welche Kriterien angewandt wurden.

Frau Müller erläutert die Zusammensetzung der Liste, welche Förderprogramme dort aufgeführt sind. Wir hatten ja mehr Anträge, als nachher in die Bewilligung kommen, da sind auch Träger rausgefallen.

Frau Müller stellt Herrn Enrico Schmitt vom Kreis-Kinder- und Jugendring als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss vor.